

Editorial

Die weltweite Finanzkrise verändert nach übereinstimmenden, wenn auch im Einzelnen differierenden, Vermutungen die **Staatstätigkeit** im 21. Jahrhundert erheblich. **dms** hat sich wiederholt damit beschäftigt, insbesondere in Heft 2/2010 mit dem Schwerpunkt: Der Staat in der Krise. Nach über 30 Jahren zunächst erfolgversprechendem Wirtschafts- oder Neoliberalismus werden die langfristigen Folgen dieses politischen Paradigmas für die liberal-kapitalistische Gesellschaftsformation immer deutlicher. Schlicht auch deswegen, weil die schleichende und mit dem Ausbruch der Krise rasant ansteigende öffentliche Verschuldung ihre verschleiende Funktion nicht mehr erfüllen kann. Vielerorts in Wirtschaft und Gesellschaft konnten über Jahrzehnte ein „angemessenes“ Lebensniveau und die Versorgung mit privaten und öffentlichen Gütern mehr oder weniger „auf Pump“ bereitgestellt werden. Besonders gravierend ist, dass realwirtschaftlicher Strukturwandel, regionale und internationale Gewichtsverschiebungen sowie entstandene Ungleichheiten in der Verteilung von Einkommen teilweise kompensatorisch mit dem Fiskalschleier verdeckt wurden. „Griechenland“ ist fast schon ein Markenzeichen für diese Entwicklung. In den letzten fünf Jahren traten diese „Brüche“ jedoch in der Breite immer deutlicher hervor.

Zum einen in der ideologischen oder auch politisch-theoretischen Diskussion: *Frank Nullmeier* beschäftigt sich in seinem Beitrag exemplarisch mit einer Strömung des Liberalismus, die aus der Krise nichts lernen will, sondern den stattgefundenen Werteverfall sowohl der „Freiheit“ als der „sozialen Gerechtigkeit“ als zutiefst begründet und modern betrachtet. In Deutschland ist es *Peter Sloterdijk*, der zum Propagandisten eines nietzscheanischen Elitismus aufgestiegen ist, der – auch nachträglich – all denen eine besondere Würde zuschreiben möchte, die sich im (unfairen) Wettbewerb als Erfolgsmenschen erwiesen haben. Diesem Kult fallen konzeptionell Steuer- und Sozialstaat zum Opfer. *Nullmeier* seziert diese Argumentation kunstvoll und weist ihre konsequent demokratiefeindliche Tendenz nach, die nichts mehr mit dem klassischen Liberalismus gemein hat.

Zum anderen in der ökonomischen und politischen Realität: auch in Deutschland ist es die Schuldenkrise, die erhebliche Verwerfungen in der „Architektur“ des Staates sowohl aufzeigt als auch verschärft, insbesondere im Verhältnis der staatlichen Ebenen zueinander. *Dietrich Fürst* nimmt die aktuelle Lage zum Anlass einer grundsätzlichen Reflexion über dieses Verhältnis. Er weist darauf hin, dass die als Herausforderungen von Gesellschaften wahrgenommenen Entwicklungen vor allem die Städte treffen. Diese ha-

ben jedoch immer weniger Handlungsspielräume und -potentiale. Allerdings sei der Staat zurückhaltend, die Städte ausreichend zu unterstützen, obwohl die Politikfelder von Staat und Stadt immer enger verflochten sind, die kommunale Ebene für die gesellschaftliche Integration immer wichtiger wird, die Wissensgesellschaft auf die Knotenfunktion der Städte angewiesen ist und staatliche Steuerung sich immer stärker zum intergouvernementalen Management verändert. Für dieses Management bessere Voraussetzungen zu schaffen, sei die Herausforderung des staatlichen Handelns der Zukunft.

Im **Schwerpunkt: Die „armen Städte“**, für den *Lars Holtkamp* und *Sabine Kuhlmann* mit großem Engagement als special editors gewirkt haben, wird ein wichtiger Teil des Problemkreises „Stadt und Staat“, die funktionale Überforderung der Lokalebene angesichts fiskalischer, sozio-ökonomischer und demografischer Krisenerscheinungen, mit dem Fokus lokale Armut und Ungleichheit zwischen den Kommunen beleuchtet: in der fiskalischen Dimension (Entwicklung und Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite; *Holtkamp/Bathge* und *Boettcher*), der sozialen und sozio-ökonomischen Dimension (Armut in den Städten und das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“; *Reiter*), der funktionalen Dimension (Überforderung der lokalen Ebene durch zunehmende Aufgabentransfers, sowie der Anpassungsstrategien der Kommunen; *Seuberlich* und *Grohs/Bogumil/Kuhlmann*). In den Beiträgen werden sowohl empirische Analysen, als auch theoretische Reflexionen und Ansätze von „Problemlösungen“ in national und international vergleichender Perspektive präsentiert. Zur Einführung in den Schwerpunkt sei hier auf den ausführlichen Problemaufriss der special editors verwiesen (S. 43-46). Die hohe Aktualität dieses Themas bewies das Manifest von vier großen Ruhrgebietsstädten vom März 2012, welches die gesamtstaatliche Solidarität mit der Kritik am Solidaritätszuschlag und dessen potentieller Verteilungungerechtigkeit herausforderte. Die Lage wurde dramatisch geschildert: „Geschlossene Schwimmbäder, kaputte Straßen, marode Gebäude. Seit Jahren leiden viele Kommunen unter massiven Schulden. Die Oberbürgermeister besonders betroffener Städte im Ruhrgebiet wollen nun den Solidarpakt für den Aufbau Ost kündigen“ („Aufstand West“ – wie der SPIEGEL am 20.3. 2012 schrieb). Diese Spannungen werden eine heftige Herausforderung föderaler Entscheidungsprozesse in den kommenden Jahren darstellen.

In den **Abhandlungen** beschäftigt sich *Rüdiger Mautz* ebenfalls mit einem Problem der staatlichen Steuerung, ihm geht es um die Frage des Atomausstiegs „und was dann?“. Er stellt einen Wandel in den energiewirtschaftlichen Branchenstrukturen fest: Im Bereich der erneuerbaren Energien findet sich eine netzwerkartige Regelungsstruktur, an der neben staatlichen Akteuren ein breites Spektrum gesellschaftlicher Akteure beteiligt ist. Dies führt unvermeidlich zu Zielkonflikten und Steuerungsproblemen, die mit der energiepolitischen Neuausrichtung der Bundesregierung nach Fukushima an Gewicht gewonnen haben. In dem Beitrag werden die aus der Dezentralisierung des Energiesektors resultierenden Anforderungen vor dem Hintergrund des Verhältnisses von energiepolitischer Einflussnahme und gesellschaftlicher Selbstregulierung diskutiert.

Ebenso wie der Kampf um den Atomausstieg mittlerweile auf eine lange Geschichte zurückblicken kann, beschäftigt sich *Herbert Obinger* mit einer Frage, die auch über eine Generation hinausgeht. Er zeigt auf, wie die demografische Ausdünnung der Kriegskohorten und die Umformung des Interventionsstaates zeitlich miteinander verwoben sind und argumentiert einleuchtend, dass generationeller Wandel unter bestimmten Voraussetzungen eine wichtige Antriebskraft für Politikwandel ist. Den Siegeszug des Interventionsstaates in der Nachkriegszeit erklärt er unter anderem mit den traumatischen Erfah-

rungen der vor 1945 geborenen Kohorten, während die völlig unterschiedlichen Sozialisierungserfahrungen der Nachkriegskohorten die Transformation des Interventionsstaates seit den 1990er Jahren mit beeinflussten.

Mit der Entwicklung eines ganz anderen Politikfeldes und dessen Reform setzen sich *Barbara* und *Gerhard Lehmbuch* in ihrem Beitrag vergleichend auseinander; sie analysieren die etatistische Governance der Forstwirtschaft und ihre Krise in Deutschland und Russland und vergleichen die Überlebensstrategien der Forstverwaltungen. Die ehemalige Hegemonie der staatlichen Forstleute wird durch die Internationalisierung der Waldpolitik, den konkurrierenden Nachhaltigkeitsdiskurs des Naturschutzes und den innenpolitischen Gewichtsverlust der Forstwirtschaft bei zunehmenden fiskalischen Restriktionen ernsthaft in Frage gestellt.

Maximilian Schmidt hat in seinem Beitrag einen Rahmen auf einem anderen Kontinent und setzt sich mit Obamas Mobilisierungs- und Beteiligungsstrategie auseinander. Barack Obama wollte den politischen Prozess selbst durch neue Methoden wie Community Organizing und Partizipation im Internet verändern, was allerdings, so stellt der Autor fest, an institutionelle Grenzen der amerikanischen Polity stieß. Der Artikel zeigt auf, wie Organizing als Mobilisierungs- und Beteiligungsstrategie entwickelt wurde, wie die Obama-Administration das Konzept auch bei wichtigen Reformvorhaben anwendete und welche Lehren aus diesem Prozess gezogen werden können.

Mit einem anderen Versuch der gesellschaftlichen Modernisierung beschäftigt sich *Martin Seeliger*, indem er Grüne Politik unter Bedingungen ‚neuer Komplexität‘ analysiert. Gesellschaftliche Modernisierung, so die Argumentation, hat im internationalen Rahmen zu einer neuen Komplexität im Spannungsfeld einer zunehmenden Anzahl von Zielgrößen geführt und parallel lassen sich auch im Parteiensystem sowie in der Sozialstruktur insgesamt Erosions- und Transformationserscheinungen verzeichnen. Der Artikel analysiert Politik und Außenwirkung der Grünen vor diesem Hintergrund.

Mit diesem Heft beginnt der 5. Jahrgang unserer Zeitschrift, und für das nächste Heft können wir schon wieder spannende Aufsätze versprechen. Der kommende **Schwerpunkt**, den *Reimut Zohlnhöfer* koordiniert, ist dem Thema „**Können Demokratien sparen?**“ gewidmet, Angesichts der um sich greifenden Austeritätspolitik in Europa stellt sich die Frage nach Stabilität und Veränderungen jener demokratischen Institutionen und Prozesse, welche die jahrzehntelange Verschuldungspolitik hervorgebracht hatten, möglicherweise von ihnen lebten. Wir wünschen aber zunächst eine anregende Lektüre des vorliegenden Heftes!

Hannover, im April 2012

Bernhard Blanke und Maren Kellermann